

Hanauer Positionen



**Junioren des
Handwerks**



1. Die Junioren des Handwerks

Wir Junioren des Handwerks sind mit ca. 8.000 Mitgliedern in rund 150 Juniorenkreisen die offizielle Nachwuchsorganisation des deutschen Handwerks, in der persönlich haftende Unternehmer/innen, Führungskräfte und leitende Angestellte von Handwerksbetrieben bis zu einer Altersgrenze von 40 Jahren branchenübergreifend zusammengeschlossen sind.

Wir Handwerksjunioren sind integrierter Bestandteil und verstehen uns nicht als Konkurrenzorganisation zu den übrigen Handwerksorganisationen. Wir bekennen uns zur Mitwirkung in den Organisationen des etablierten Handwerks, insbesondere zur aktiven Mitarbeit in den Innungen. Denn wir wollen verstärkt die Interessen des Handwerksnachwuchses innerhalb und außerhalb der Handwerksorganisation, auch im Dialog mit Politik und gesellschaftlichen Gruppen, fördern. Dabei bilden wir eine Interessen- und Wertegemeinschaft, deren Ziel es ist, die Identität des jungen Handwerks in der Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe „Handwerk“ zu verdeutlichen.

Mit den Hanauer Positionen richten sich die Handwerksjunioren gezielt an die Gestalter und Entscheider der politischen Rahmenbedingungen, die die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftszweiges Handwerk, seiner Unternehmen und Beschäftigten bedeutend beeinflussen.

Nach intensiven Diskussionen und einem ausführlichen Meinungsbildungsprozess auf allen Ebenen der Juniorenorganisation wurden die „Hanauer Positionen“ bei einer Klausurtagung vom 06. – 08. Juni 2008 in Deidesheim erarbeitet und im Rahmen der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Junioren des Handwerks am 27. September 2008 in Hanau verabschiedet.

Die „Hanauer Positionen“ wurden erarbeitet von den



Junioren des Handwerks

unter dem Bundesvorsitzenden Carsten Röttgers
und einstimmig beschlossen beim
Bundeskongress Hanau
26. – 28. September 2008

Junioren des Handwerks
Bundesverband e.V.
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin
www.handwerksjunioren.de

Ansprechpartner:
Hans Bernd Ditscheid
Bundesgeschäftsführer
Fon. 030/ 20 619 232
Fax. 030/ 20 619 59 232
info@handwerksjunioren.de

Gestaltung: Caroline Eberl, München, www.ce154.de

2. Grundsätze

Als Netzwerk junger Handwerker/innen positionieren wir uns vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels mit einem eigenständigen Profil in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei wollen wir das junge Handwerk als Markenzeichen für Qualität auf der Basis fundierter beruflicher Qualifikation mit qualitativ hochwertigen, individuellen Produkten und Dienstleistungen repräsentieren.

Wir bekennen uns zu werteorientiertem, verantwortungsbewusstem unternehmerischem Handeln in einer Sozialen Marktwirtschaft zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands, in der Leistung und Verantwortung ebenso wie die Forderung und Förderung sozial Schwacher einen gleichgewichtigen Stellenwert haben. Hinzu kommt das Streben nach einem konstruktiven Miteinander der Generationen, um zu verhindern, dass der jungen Generation heute Hypotheken für die Zukunft aufgebürdet werden. Wir orientieren uns damit am Grundprinzip der Generationensolidarität, nicht nur im sozialpolitischen Bereich.

Wir sind überzeugt, dass die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen wissensbasierten Volkswirtschaft von Kreativität, persönlicher Leistung und vor allem von permanenter Weiterbildung, auch über den betrieblichen Bereich hinaus – dem Grundsatz des lebenslangen Lernens folgend – abhängig ist.

Nur in einem ökologisch orientierten, kontinuierlichen Innovationsprozess kann es dem Handwerk gelingen, seine Zukunft als bedeutsame Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe aktiv selbst zu gestalten. Wir Handwerksjunioren verstehen uns dabei als Impulsgeber, die die Interessen des jungen Handwerks, auch als Nachwuchsorganisation für das Ehrenamt im etablierten Handwerk, vertreten. Nur eine starke und engagierte Nachwuchsorganisation kann eigenverantwortlich die Zukunft des deutschen Handwerks, seiner Betriebe und Organisationen, mit gestalten.

Bei all dem sind wir uns bewusst, dass das Image des Handwerks vor allem von den agierenden Personen und deren Außendarstellung geprägt wird.

Wir Handwerksjunioren arbeiten – wann immer möglich – mit Freundes- und Förderkreisen und dem etablierten Handwerk, mit den Unternehmerfrauen im Handwerk und den Betriebswirten des Handwerks sowie befreundeten Organisationen, z. B. Wirtschaftsjunioren, engagiert zusammen, damit das deutsche Handwerk in seiner Gesamtheit und auch die junge deutsche Wirtschaft mit einer Stimme sprechen.

3. Politische Positionen

Nur nachhaltige und zukunftsorientierte politische Rahmenbedingungen können gewährleisten, dass das Handwerk seine allseits anerkannten Funktionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, auch im Rahmen seiner Gemeinwohlorientierung, tatsächlich erfüllen kann.

Neben der Förderung der Grundprinzipien von Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortlichkeit aller Beteiligten sehen wir einen besonderen Schwerpunkt politischen Handelns im Prinzip der Generationensolidarität, das wie ein „Roter Faden“ in allen Bereichen staatlichen Handelns Berücksichtigung finden muss.

Das bedeutet im Einzelnen:

Alle sozialen Sicherungssysteme müssen sich am Grundsatz **nachhaltiger Generationensolidarität** messen lassen.

Alterssicherung

- Wir bestärken die Politik, an der **Altersrente mit 67 und darüber hinaus** festzuhalten und gleitende **Übergänge zwischen Erwerbsleben und Rentenbezug** zu schaffen, einschließlich Teilrenten.
- Die **Frühverrentungspraxis** zu Lasten der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme muss schnell und endgültig beendet werden.
- Eine **Verlängerung der geförderten Altersteilzeit** darf es nicht geben.
- Fragwürdige kurzatmige **Korrekturen an der Rentenformel** auf Kosten der zukünftigen Rentner sind zu unterlassen.
- Auch so genannte **Minirenten** dürfen nicht aus Beitragsmitteln aufgestockt werden.
- Dem Grundsatz der Eigenverantwortung und individuellen Vorsorge entsprechend, müssen **alle selbstständigen Handwerksunternehmer Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge** haben. Es ist nicht einzusehen, warum die Selbstständigen unseres Berufszweiges bzw. sogar nur ein Teil davon zu Beitragszahlungen in ein System gezwungen werden, das außerdem – auch und gerade wegen der Gefahren politischer Eingriffe – weder nachhaltig noch zukunftssicher ist.
- Stattdessen ist eine **individuelle Verpflichtung zur privaten Vorsorge** sinnvoll, vor allem zur Absicherung der so genannten Solo-Selbständigen.

Gesundheitswesen

- Bei den regelmäßigen Reformen des Gesundheitswesens muss endlich auf eine **nachhaltig wirksame Finanzierung** umgesteuert werden, nachdem die Erfahrung zeigt, dass alle bisherigen Reformschritte nicht dazu beitragen konnten, der GKV eine tragfähige finanzielle Basis zu sichern. Ein Gesundheitsfond ist der falsche Weg. Ein tragfähiges System der Kapitaldeckung ist sinnvoll, wobei die Beiträge wirklich Bedürftiger staatlich gefördert und die der Betriebe auf ein erträgliches Niveau begrenzt werden sollten.

- Auch dürfen aufgrund einer politisch wünschenswerten, sachlich gebotenen Erhöhung der **Pflegeleistungen** nicht weitere Lasten durch erhöhte Beiträge und Freistellungsansprüche den Betrieben aufgebürdet werden.

Arbeitsmarktpolitik

- Weiterer **Zweckentfremdung der Beiträge** von Unternehmen und Arbeitnehmern in die **Sozialversicherungssysteme** zu Gunsten arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Maßnahmen erteilen wir eine klare Absage.
- Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie z. B. die notwendige rasche Eingliederung in Erwerbstätigkeit, müssen über Steuern finanziert werden.
- Dazu gilt es auch, endlich die **Arbeitsmarktförderung zu entrümpeln** und die Liste der Förderinstrumente für Arbeitslose im Hinblick auf deren erwiesene Wirkungslosigkeit oder Verdrängungswirkungen drastisch zu verkürzen. Daraus ergibt sich dann auch Spielraum für eine deutliche Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags zu Gunsten von Arbeitnehmern und Unternehmen.
- Vor diesem Hintergrund verbietet sich auch eine Verlängerung der Bezugsdauer von **Arbeitslosengeld** für langjährig Beschäftigte auf Kosten der Gemeinschaft der Beitragszahler.

Haushalts- und Steuerpolitik

- Dringendste Maßnahme ist eine **grundlegende Vereinfachung unseres Steuerrechts**. Anstatt weiter Regeln und Durchführungsverordnungen für alle möglichen Eventualitäten zu formulieren, die sowohl Steuerzahler, deren Berater als auch die Finanzverwaltung selber überfordern, erwarten wir von der Politik die längst versprochene und überfällige Übersichtlichkeit und damit eine erhebliche Zeit- und Kostenentlastung für kleine und mittelständische Unternehmen.

- Auf der einen Seite ist aufgrund der so genannten kalten Progression eine **nachhaltige Lohn- und Einkommenssteuerreform** geboten. Auf der anderen Seite dürfen deutlich spürbare Steuerentlastungen nicht zu einer unangemessen ausgeweiteten Staatsverschuldung führen, deren Folgen von zukünftigen Generationen durch erneute Steuer- und Abgabenerhöhungen zu tragen sind. Allerdings dürfen bei Steuerreformmaßnahmen auch Selbstfinanzierungseffekte nicht unterschätzt werden; die damit verbundene Stärkung der Binnennachfrage und insbesondere auch Investitionsanreize für Unternehmen, die unmittelbar arbeitsmarktpolitische und auch haushaltspolitische Wirkungen zeigen, tragen dazu bei, dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit folgend, die „**Kalte Progression**“ mittelfristig abschaffen zu können, sofern der politische Wille dazu vorhanden ist.
- Auch der seit langem **überfällige Abbau von wettbewerbsverzerrenden Subventionen**, die nur einem Teil der heutigen Unternehmergegeneration zugute kommen, aber von zukünftigen Generationen bezahlt werden müssen, muss endlich angegangen werden.
- Besonders bedeutsam ist der Grundsatz der Generationensolidarität bei der **Erbschaftsteuer**. Wenn ein Unternehmer jahrzehntlang seinen Betrieb aus versteuertem Einkommen aufgebaut hat, dürfen seine Erben im Falle der Betriebsübernahme nicht zum Verkauf gezwungen sein, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, sofern sie nicht garantieren können, über einen langen Zeitraum hinweg betriebliche Strukturen unangetastet zu lassen. Sollte ein Erbe in der Haltefrist eine betriebliche Krise durchlaufen, erfasst ihn auch noch der Fiskus mit einer Steuernachzahlung, die dann das Unternehmen endgültig zerschlagen kann. Es ist absurd, in einer Zeit sich immer schneller wandelnder Märkte, Unternehmen zur strukturellen Starre zu zwingen, Innovation und Marktanpassung derart zu blockieren. Die außerdem erforderliche Nachweis- und Kontrollbürokratie wird die Einnahmen gleichzeitig auffressen. Daher sollte die Erbschaftsteuer abgeschafft werden.

Mitarbeiterbeteiligung

Der Blick auf die Interessen zukünftiger Generationen ist auch bei Förderkonzepten zur **Mitarbeiterbeteiligung** erforderlich. Direkte Beteiligungen am Unternehmen oder indirekte, über spezielle Fonds, wie z.B. Branchenfonds, sind bei überwiegend als Personengesellschaften geführten Handwerksbetrieben nicht realisierbar. Die entsprechenden Pläne führen dazu, dass der Mittelstand zum Financier für Großunternehmen wird. Stattdessen sollte die im Handwerk verbreitete, aber derzeit unbegünstigte **Erfolgsbeteiligung gefördert** werden. Im Übrigen ist angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung und angesichts zurückgehender Rentenansprüche der Förderung betrieblicher Altersvorsorge Vorrang vor Mitarbeiterbeteiligung zu geben.

Migrations-, Familien- und Bildungspolitik

- Es gilt ein **kinder- und familienfreundliches gesellschaftliches Klima** zu schaffen, um den absehbaren demographischen Problemen entgegen zu wirken, aber nicht durch Aufstockung der direkten staatlichen Zuwendungen, die vor allem Mitnahmeeffekte verursachen.
- Vielmehr muss die Infrastruktur für mehr und bessere **Kinderbetreuung** ausgelegt werden, mehr Ganztagskonzepte in Kindergärten und Schulen, eine bessere Ausstattung von Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- Wir erwarten von einer **modernen Bildungspolitik** eine deutliche Verbesserung unseres Schulsystems, ein verpflichtendes Vorschuljahr, bundeseinheitliche Bildungsstandards in den allgemeinbildenden Schulen und vor allem mehr Vermittlung gesamtgesellschaftlicher und (volks-) wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge in den Schulen.

Es ist für ein „zivilisiertes“ Land nicht akzeptabel, wenn 10 % der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen und ein Viertel der **Lehrstellenbewerber über nicht ausreichende Kenntnisse** in Rechnen und Schreiben verfügt. Wir Handwerksjunioren bekennen uns zur Notwendigkeit einer verstärkten Ausbildung von Jugendlichen. Auch wenn immer öfter schulische und Erziehungsdefizite eine sachgerechte Ausbildung erschweren, gilt diese Selbstverpflichtung.

Allerdings muss die Politik dazu beitragen, die **Ausbildungsfähigkeit** von Jugendlichen zu **verbessern**, wobei die bisher konzipierten Maßnahmen erste Schritte in die richtige Richtung darstellen. Dazu gehören auch die Herausforderungen der Migrationspolitik.

Wenn heute in Deutschland jedes 3. Kind unter 6 Jahren einen Migrationshintergrund hat, dann sollten wir dies als **Chance zur Integration** gerade auch **durch Ausbildung** nutzen.



Wenn sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland ändern, werden nicht immer mehr gut ausgebildete junge Menschen – auch Handwerksmeister – unser Land verlassen, weil sie in anderen Ländern bessere Perspektiven sehen.



